

19.07.94**Unterrichtung**
durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zum Geldwschegegesetz

Das Bundesministerium des Innern hat mit Schreiben vom 14. Juli 1994 die nachfolgende Stellungnahme zu der Entschließung des Bundesrates zum Geldwschegegesetz zugeleitet:

Die Bundesregierung hat die Entschließung des Bundesrates vom 24. September 1993 (BR-Drs. 672/93 - Beschluß -) zur Kenntnis genommen. Die darin geforderten Ergänzungen des Geldwschegegesetzes waren bereits Gegenstand der Beratungen des Deutschen Bundestages. Sie haben im Gesetzgebungsverfahren jedoch keine Mehrheit gefunden.

Die Bundesregierung wird die Anwendung dieses neuen Gesetzes durch die Kredit- und Finanzinstitute sowie die Strafverfolgungsbehörden aufmerksam beobachten. Sobald eine verläßliche Aussage über die Erfahrungen mit dem neuen Rechtsinstrumentarium gemacht werden kann, wird die Bundesregierung entscheiden, ob und wenn ja, welche gesetzgeberischen Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Im übrigen ist zu den einzelnen Punkten der Entschließung folgendes zu bemerken:

...

Zu 1.: Ersatzpflicht der Bankinstitute:

Der Entschließung ist nicht zu entnehmen, wem gegenüber die geforderte Ersatzpflicht der Bankinstitute etc. bestehen soll. Der Charakter dieser Ersatzpflicht ist zweifelhaft, sofern eine Entschädigung des Staates beabsichtigt sein sollte. Es dürfte sich um eine verwaltungsrechtliche Sanktion handeln. Die Bezeichnung als Ersatzpflicht wäre sicher unrichtig, da dem Staat durch die Nichtanzeige der Finanztransaktionen nicht ohne weiteres ein Schaden in Höhe der Finanztransaktion entstehen wird. Im Geldwäschegesetz ist bewußt davon abgesehen worden, einen Verstoß gegen die Anzeigepflicht nach § 11 Abs. 1 und 2 mit einem Bußgeld zu bewehren. Grund hierfür war vor allem, daß es an einer genügenden Bestimmtheit fehlt. Außerdem war davon auszugehen, daß es schwierig sein dürfte, die Feststellung von Tatsachen, die darauf schließen lassen, daß eine Finanztransaktion einer Geldwäsche dient oder dienen würde, nachzuweisen. Ist ein solcher Nachweis auch ohne weiteres möglich und liegt es auf der Hand, daß eine Transaktion ohne Anzeige durchgeführt worden ist, obwohl man die Herkunft des Geldes aus einer Straftat im Sinne des § 261 StGB erkannt hat, so wird in der Regel Beihilfe zur Straftat der Geldwäsche vorliegen; in diesem Bereich bedarf es daher keiner weiteren Sanktion. Die Bedenken gegen die Einführung einer Bußgeldvorschrift, die auf den Bestimmtheitsprinzipien beruhen, bestehen nach Auffassung der Bundesregierung auch gegen die Einführung einer Ersatzpflicht.

Sofern dagegen die Begründung einer Ersatzpflicht der Bankinstitute etc. auf eine Entschädigung der durch Straftaten Geschädigten abzielen sollte, besteht aus Sicht der Bundesregierung kein Bedürfnis für eine solche spezielle Schadenersatzbestimmung, die über die allgemeinen Vorschriften des Haftungsrechts hinausgeht.

Zu 2.: Erstreckung des Straftatbestands der Geldwäsche auf die fahrlässige Begehungsweise:

Die Forderung, nicht nur die leichtfertige (so der geltende § 261 Abs. 5 StGB), sondern weitergehend schon die leicht fahrlässige Geldwäsche unter Strafe zu stellen, stößt auf erhebliche Bedenken. Zum einen wäre eine spürbare Beeinträchtigung des allgemeinen Waren- und Geldverkehrs zu befürchten, wenn jeder auch nur geringe Zweifel an der rechtmäßigen Herkunft von Geld und Sachgegenstnden ausgeräumt werden müßte. Dies lief dem Allgemeininteresse an einem reibungslosen Geld- und Güterverkehr zu-

kaum tragbares Strafbarkeitsrisiko für alle am Geschäftsverkehr beteiligten Personen hervor.

Insbesondere Mitarbeiter von Kreditinstituten, die tagtäglich eine Vielzahl von Geldgeschäften abwickeln müßten, kämen dadurch allzu schnell in den Verdacht einer Straftat. Abgesehen davon wäre eine Pönalisierung leichter Fahrlässigkeit im Bereich der Rechtspflege und Vermögensdelikte des Strafgesetzbuches, dem § 261 StGB zuzuordnen ist, ein Fremdkörper.

Zu 3.: Erweiterung der Auslandserstreckung auf die Verdachtsmeldepflicht

Diese Forderung ist wegen der von einer Erweiterung der Auslandserstreckung ausgehenden mittelbaren extritorialen Wirkung in den Bundestagsausschüssen auf einhellige Ablehnung gestoßen.

Die Forderung ist aber auch deshalb problematisch, weil sich im Falle einer Einbeziehung von Auslandsfilialen bei der Bestimmung der zuständigen (deutschen oder ausländischen) Strafverfolgungsbehörde große rechtliche Probleme ergeben. Hierbei wären Aspekte des jeweiligen ausländischen Datenschutzrechts sowie wettbewerbsrechtliche Gesichtspunkte zu beachten. Die Erstreckung der Meldepflicht auf Zweigstellen von Unternehmen in solchen Drittstaaten, die dem Geldwäschegesetz vergleichbare Verwendungsbeschränkungen nicht kennen, wäre höchst problematisch, weil in diesen Staaten möglicherweise Regelungen bestehen, die eine derartige Anzeige verbieten. Das Unternehmen könnte dann mit seiner Zweigstelle in Schwierigkeiten geraten, weil es entweder gegen das Recht des Sitzstaates oder gegen das Geldwäschegesetz verstoßen müßte.

Zu 4.: Beweislastumkehr

Die Einführung eines "Ad rem-Verfahrens" in Verbindung mit einer Beweislastumkehr wäre verfassungsrechtlich sehr bedenklich.

Im übrigen geht die Regelung des erweiterten Verfalls einen verfassungsrechtlich zulässigen Weg, um das vom Bundesrat angestrebte Ziel zu erreichen. Es ist jetzt Sache der Strafverfolgungsbehörden der Länder, den Gerichten ausreichendes Material für die

Anwendung des erweiterten Verfalls zu unterbreiten, damit von dieser Regelung der vom Gesetzgeber erhoffte Gebrauch gemacht werden kann.

Zu 5.: Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten von Daten nach dem Geldwäschegesetz für Besteuerungszwecke

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, die Verwendungsbeschränkung für nach dem Geldwäschegesetz erhobene Daten zu lockern.

Die Forderung nach einer Vorverlegung der Informationspflicht gegenüber den Finanzbehörden ist steuerpolitischer und nicht sicherheitspolitischer Natur. Mit dem Geldwäschegesetz werden jedoch keine steuerpolitischen sondern sicherheitspolitische Zwecke verfolgt. An dieser Beurteilung hat sich nichts geändert.